Stadtverordnetenfraktion

Der Vorsitzende
Götz Winter

Weiherstr. 3
63477 Maintal
Telefon 06181-438184-0
gw@winter-maintal.com

Stadt Maintal
Stadtverordnetenvorsteher
Klosterhofstraße 4-6
63477 Maintal

Maintal, den 7. Mai 2023

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die CDU-Fraktion stellt zur Stadtverordnetenversammlung am 15. Mai 2023 zum TOP 7 folgenden Änderungsantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge folgenden Änderungsantrag beschließen:

Ziffer 3. der Vorlage

„*Der Magistrat beabsichtigt die von den städtischen Gremien am 27.2.2023 beschlossenen Flächen für mögliche, zeitlich bis zum 31.12.2024 befristete, Aufstellung von Leichtbauhallen ehemaliger Festplatz Bischofsheim und Festplatz Hochstadt um die Flächen Theo-Mack-Straße und Außengelände Kling Villa (Begegnungshaus) zu ergänzen. Der Magistrat wird ermächtigt, von der bisher beschlossenen Reihenfolge ehemaliger Festplatz Bischofsheim und Festplatz Hochstadt abzuweichen und, soweit sachlich darstellbar, die Fläche Theo-Mack-Straße vorzuziehen*.“

wird ersetzt.

Die neue Ziffer 3 lautet:

3.1 Errichtung von Unterkünften

Der Magistrat errichtet und belegt in der folgenden Reihenfolge unverzüglich Unterkünfte für Flüchtende und Asylbeantragende

1. Die Unterkunft in der Theo-Mack-Straße wird, wie in der Magistratsvorlage,

errichtet.

2. Klinggelände/Klingvilla: es wird geprüft, ob die Errichtung von Unterkünften, wie in der Magistratsvorlage ausgeführt, möglich ist und ob hier sinnvoll ein Schwerpunkt für Frauen und Kinder gebildet werden kann.
3. Gewerbegebiet West soll eine Unterkunft/Unterbringnung für bis zu 100 Personen, erweiterbar auf 200 Personen, möglichst in Wohngruppen, errichtet werden. Es ist zu prüfen, ob hier ein Schwerpunkt für allein reisende Männer sinnvoll wäre. Eine Bedarfs-Bushaltestelle auf den Linien nach Frankfurt ist umgehend nach Bezug einzurichten.
4. Auf dem Ambrosius-Gelände erfolgt die Errichtung einer Unterkunft für bis zu 100 Personen, Unterbringung möglichst in Wohngruppen, es ist zu prüfen, ob hier ein Schwerpunkt für Familien, Frauen und Kindern sinnvoll ist.

3.2. Verzicht von Belegungen

Auf eine Belegung des Festplatzes in Hochstadt wird verzichtet.
Auf eine Belegung des Festplatzes in Bischofsheim wird verzichtet.

3.3 Weiterentwicklung des Magistratsansatzes

1. Der Magistrat hat mit der Vorlage einen langfristigen strategischen Ansatz zur Unterbringung von Menschen, die ohne Wohnung zu uns kommen, gefunden. Dieser ist konsequent weiterzuentwickeln, indem
   a. der Magistrat darauf achtet, ob Wohn- oder Gewerbeobjekte im Rahmen des Strukturwandels frei werden und gegebenenfalls für die Unterbringung geeignet sind und diese für diese Zwecke sichert und
   b. wenn möglich, Reserveflächen vorgesehen werden, um zeitnah auf Krisen reagieren zu können.

Begründung:

Der Magistrat hat erklärt, die Belegung der Festplätze durch die nur zeitweilig zu errichtenden Hallen möglichst kurz halten zu wollen. Auch hat der Magistrat dargestellt, dass einige bestehende Unterkünfte in den nächsten ein bis zwei Jahren nicht mehr verfügbar sein werden.

Da weder die künftige Dauer von Aufenthalten noch die Anzahl von Aufzunehmenden verlässlich vorhergesehen werden kann, sollen umgehend bessere Standorte als die, die als Übergangslösung gedachten Festplätze, bereitgestellt werden. Die CDU Fraktion möchte, dass die Stadt Maintal zukünftig nicht mehr kurzfristig und von den Ereignissen

getrieben wird, sondern planvoll und humanitär, agieren kann.

Die besondere Eignung der Theo-Mack-Straße und des Klinggeländes hat der Magistrat in seiner Vorlage ausführlich und überzeugend dargelegt, sie sind daher zunächst zu belegen. Junge allein reisende Männer ohne Kinder sind eher weitere Fußwege in die Stadtlage zuzumuten, sie sind auch nicht auf Kinderbetreuungseinrichtungen angewiesen. Da sie in der Regel (sobald sie das dürfen) eine Erwerbstätigkeit anstreben, erscheint eine Lage an einem Gewerbegebiet und mit Nahverkehrsanschluss (Bahn, Bus) zu Orten mit hohem Arbeitskräftebedarf günstig. Es sei darauf hingewiesen, dass sich in der Nähe des Gebietes zunächst illegal und spontan eine Siedlung gebildet hat. Dies zeigt, dass offensichtlich die Lage zum Wohnen weder unattraktiv noch menschunwürdig ist. Das Eigentum des Gewerbegeländes ist in Händen der Stadt Frankfurt und sozialer Stiftungen. Bei diesen Eigentümern, die dem Gemeinwohl und der Öffentlichkeit besonders verpflichtet sind, sollte eine Lösung für die zeitweise Nutzung gefunden werden.

Zumal die schwache wirtschaftliche Entwicklung keinen eiligen Bedarf an vollständiger Nutzung eines Gewerbegebietes erwarten lässt, das seit 2007 in der Diskussion ist. Sofern diese Eigentümer noch nicht in ihr Eigentum eingewiesen wurden, ist der Magistrat der Stadt Maintal als Umlegungsbehörde sogar in der Lage direkt zu handeln.

Der Standort am Ambrosius-Gelände ist städtebaulich integriert und verfügt in der Nähe über Geschäfte, ÖPNV und Schulen, er liegt im bebauten Gebiet. Dieser Standort sollte für Familien mit Kindern vordringlich belegt werden. Die günstige Lage (Geschäfte, Schulen, Kitas in der Nähe) ist nach Meinung der Antragsteller gewichtiger, als die Argumentation, nicht mit einem Investor verhandeln zu müssen.

Im Gegenteil, ein Investor, der sein Gelände zeitweise kostenlos zur Verfügung stellt, hat offensichtlich die Gemeinpflichtigkeit des Eigentums verstanden (§ 14 GG) und ist daher ein geeigneter Gesprächspartner.

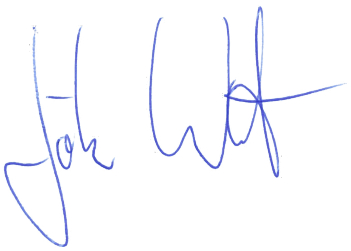
Da geflüchtete Frauen häufig Opfer von sexualisierter Gewalt waren und leider auch in Einrichtungen werden, sollte bei bestehenden oder neuen Einrichtungen mindestens ein Bereich vorgesehen werden, in der sie unter sich bzw. mit ihren Kindern ohne Männer sein können. Hier sehen wir das Klinggelände im Vorteil.

Alle Einrichtungen sollten sowohl kurzfristig errichtet werden als auch kurzfristig erweitert oder ergänzt werden können, falls die zukünftige Entwicklung die Aufnahme zusätzlicher

Menschen erforderlich macht.

Die Argumentationen in der Öffentlichkeit und der Bürgerversammlung haben gezeigt, dass eine Belegung der Festplätze als Verlust von knappem Freiraum für Spiel, Sport und Freizeitaktivitäten in weiten Teilen der Bevölkerung verstanden wird, der angesichts von Alternativen nicht notwendig ist. Eine breite Zustimmung ist offenkundig nicht vorhanden. Daher sollten diese nicht planmäßig für die Belegung mit Flüchtlingsunterkünften vorgesehen werden, solange der Magistrat noch auf die o.g. Standorte und weitere, konfliktärmere Standorte zugreifen kann. Der Verlust öffentlicher Freiräume unmittelbar am Stadtrand trifft beengt wohnende Menschen ohne PKW besonders und sollte daher nur als vorletzte Notmaßnahme ergriffen werden (die allerletzte wäre die Belegung von Bürgerhäusern und Sporthallen).

Eine dauerhafte Reserve an Flächen scheint sinnvoll, da leider Kriege, Katastrophen, Klimawandel uns auf absehbare Zeit begleiten werden und Deutschland in einer vergrößerten Europäischen Union und Nato, mit einer bewusst an Menschenrechten ausgerichteter Politik, als nach wie vor sicheres und reiches Land auch immer wieder solidarische Lasten schultern muss.



(Götz Winter)
Fraktionsvorsitzender